

Wissen ist Trumpf

Wie können Eltern ihre Kinder vor den Gefahren des Internets schützen? Die Unternehmerin Stephanie Helfrecht versucht es mit einem analogen Kartenspiel – damit Kinder zu digitalen Handy-Helden werden.

Von Michael Ertel

Bayreuth – Bereits etwas mehr als die Hälfte der Zehn- und Elfjährigen in Deutschland besitzt ein eigenes Handy. Bei den Kindern im Alter von acht und neun Jahren sind es laut jüngsten Zahlen des Umfrageinstituts Statista immerhin schon 27 Prozent. Selbst noch Jüngere – gerade einmal eingeschult – beeindruckten ihre Mitschüler auf dem Schulhof mit dem eigenen, nagelneuen Smartphone. Was machen sie damit? Sehr beliebt: Fotos schießen und Filmchen drehen – und sie über die Video-App TikTok oder den Messengerdienst WhatsApp teilen. Oder schon von anderen Fotografiertes oder Gedrehtes an Freunde weiterschicken. Doch immer öfter handelt es sich um illegale, teils gewaltvolle oder pornografische Inhalte, mit denen Kinder nicht in Berührung kommen sollten. Das Smartphone ist eine reale Gefahr für Kinder und Jugendliche, werden Pädagogen und Psychologen schon seit Jahren nicht müde zu warnen.

Gegen die geballte Macht der digitalen Medien, die immer weiter verbreitete Verfügbarkeit des Internets samt seiner problematischen Verlockungen, und den Sozialdruck, endlich als Kind – sowie die anderen auch – das eigene Handy als ständiger Begleiter dabeizuhaben, lässt sich von Eltern nur schwer ankämpfen. Aber: Der sichere Umgang damit, ohne rechtliche Verstrickungen und ethische Verfehlungen, lässt sich erlernen, ist sich Stephanie Helfrecht

recht sicher – und dies auf spielerische, ja sogar analoge Weise. Die Bayreuther Start-up-Unternehmerin hat ein Kartenspiel entwickelt, das Kinder zu „Handy-Helden“ mit Medienkompetenz machen soll.

Das Spielmaterial: 50 bunte und kindgerecht gestaltete Karten mit Fragen, Aufgaben und Tipps. Der Spielverlauf: Eltern gehen – angeleitet von einem Einführungsvideo – mit ihren Kindern gemeinsam die Infotexte durch. Jede Spielkarte beschreibt kurz ein Thema rund um die Handy- und Internetnutzung. Die Kinder lösen anschließend Rätsel und teils interaktive Aufgaben, bei denen sie auch ihr eigenes Handy einsetzen dürfen. Das Spielziel: Die Kinder können in sechs Kategorien jeweils zehn Punkte erreichen. Ist das geschafft, bekommen sie eine Urkunde, heruntergeladen aus dem Internet von der Firmenhomepage „hej!Lab“.

Stephanie Helfrecht hat das Spiel – „50 Ideen für Handy-Helden“, so der offizielle Titel – in sechs Kategorien aufgeteilt: Sicherheit, Handyfunktionen, Deine und meine Rechte, Werbung und Kosten, Wohlbefinden, sowie Messenger und soziale Medien. „Sichere Handyeinstellungen und das Wissen über die Funktio-

„Kindern ist oft nicht klar, dass die Susi10 auch ein Hans-Dieter59 sein kann.“

Stephanie Helfrecht

nen sind wichtig – doch nur allein darum geht es mir nicht“, erzählt die 37-Jährige, selbst Mutter von zwei Töchtern. „Es soll auch das Bewusstsein über Persönlichkeits- und Urheberrechte, Werbung in Apps oder den für einen selbst gesunden Umgang mit dem Handy geweckt werden.“

So finden sich ihre persönlichen Lieblingskarten im Bereich „Wohlbefinden“: Hier bekommen die Kinder sieben Tipps für ein entspanntes Leben mit dem Smartphone. Wie war's mal mit Handy-Fasten? „Bestimmt hast du dein neues Handy schon richtig ins Herz geschlossen. Klar, der Spaß ist groß, aber aufgepasst! Handys sind echte Zeitkiller. Hältst du es aus, 24 Stunden lang auf



Die Bayreuther Start-up-Unternehmerin Stephanie Helfrecht hat ein analoges Kartenspiel für die digitale Bildung von Kindern entwickelt. Foto: Michael Ertel

dein Handy zu verzichten?“, fragt der Kartentext.

Aber das oft unterhaltsame Spiel benennt auch klar die ernstesten Themen – jene Bereiche, wo für Kinder in der virtuellen Welt reale Gefahren lauern. Stichwort Cybergrooming (die Suche nach Opfern) in Chats, vor allem wenn sie in App-Spiele integriert sind: „Kindern ist oft nicht klar, dass die Susi10 auch ein Hans-Dieter59 sein kann“, betont Helfrecht. Die Spielkarte „Achtung, Falle“ warnt eindringlich: „Im Internet lügen leider viele Menschen. Sie geben sich für jemanden anderen aus. Verabrede dich deswegen nicht

mit Unbekannten aus dem Netz! Das könnte eine Falle sein.“ Angereichert ist der Gefahrenhinweis mit Tipps, bei welchen Signalen in Chats die Kinder vorsichtig sein sollten und wie wichtig es ist, nicht zu viel von sich preiszugeben. „Ich finde es essenziell, dass man mit Kindern klar darüber spricht“, meint Helfrecht. Gerade die digitale Bildung müsse sehr frühzeitig passieren.

Dass sich Kinder im Internet schützen können, ist ihr ein Herzensanliegen. So gab Stephanie Helfrecht besonders der eigene Nachwuchs den Antrieb, das Spiel zu verwirklichen – und prompt wurde es zu

einem Familienprojekt, einem authentischen Modell im eigenen Zuhause mit ihren sechs und acht Jahre alten Töchtern und ihrem Ehemann Volkmarr. Spielkonzept und Fragen wurden in den Kinderzimmern ausgetestet. „Das Feedback meiner Kinder, wie sie auf die Aufgaben reagieren, ob die Themenblöcke zielführend sind und die Fragen altersgerecht formuliert sind, war sehr wertvoll. Von ihnen kamen viele Anregungen. Wir haben das Spiel quasi gemeinsam erfunden. Denn nichts ist mir wichtiger, als meine Kinder gut auf die Welt vorzubereiten.“

Wirecard: Gericht lässt Anleger hoffen

München – Im Wirecard-Skandal können Anleger nach ihren immensen Kursverlusten möglicherweise doch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY auf Schadenersatz verklagen. Diese hatte die falschen Bilanzen des ehemaligen Dax-Konzerns testiert. Das Münchner Oberlandesgericht (OLG) machte in einem vorläufigen Hinweis gravierende Zweifel an den Gerichtsentscheidungen der ersten Instanz publik. Dabei hatte das Münchner Landgericht Klagen gegen EY ohne weitere Beweisaufnahme abgewiesen. Laut OLG hätte das Landgericht – analog zum Dieselskandal – sehr viel genauer prüfen müssen, ob EY vorsätzlich sittenwidrig handelte.

Der vorläufige Hinweis bedeutet nicht, dass das OLG die Wirtschaftsprüfer von EY in jedem Fall für mitverantwortlich hält, oder dass ein Erfolg der Klagen gegen die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft nun garantiert wäre. Allerdings machte der 8. Zivilsenat des OLG deutlich, dass sich das Landgericht wohl an „eigener Sachkunde“ fehle, um die in einem Gutachten der Prüfungsgesellschaft KPMG erhobenen Vorwürfe gegen EY zu beurteilen. Dafür wäre laut OLG ein Sachverständigengutachten angebracht gewesen. Darüber hinaus hält das OLG dem Landgericht vor, den Bericht des Wirecard-Untersuchungsausschusses im Bundestag ignoriert zu haben, und zwar „gehörswidrig“ zum Nachteil der klagenden Anleger. *dpa*

Die Befürchtungen, die Inflation könne sich auf hohem Niveau einpendeln, nehmen zu. Oberfrankens DGB-Chef Mathias Eckardt fordert Lohnsteigerungen zum Inflationsausgleich in den nächsten Jahren.

Bayreuth/Hof/Coburg – Die Inflation ist mit über fünf Prozent so hoch wie seit Jahrzehnten nicht mehr, die Löhne steigen in diesem Jahr moderat. Wird es im kommenden Jahr deutlich höhere Lohnforderungen der Gewerkschaften geben? Kommt es zu einer Lohn-Preis-Spirale und einer Verfestigung der hohen Inflation? Wir fragten nach bei Oberfrankens DGB-Chef Mathias Eckardt.

5,2 Prozent Inflation in Deutschland im November. Die Tarifierhöhungen bleiben moderat. Müssen die Arbeitnehmer die Zeche zahlen? Die EZB geht davon aus, dass im Jahr 2022 die Inflation wieder zurückgehen wird. Trotzdem müssen wir insbesondere auf dem Energiemarkt feststellen, dass die Preise beim Tanken und Heizen derzeit durch die Decke gehen. Für die politisch gewollte CO₂-Abgabe müssen kurzfristig Ausgleichsmechanismen geschaffen werden, um einkommensschwachen Menschen ein Leben in Würde auch zukünftig zu ermöglichen.

Wie ist die Stimmung in den oberfränkischen Betrieben? Rufe nach Inflationsausgleich?

Die Stimmung in den Betrieben ist derzeit geprägt von den coronabedingten Einschränkungen. Das Thema 3G am Arbeitsplatz, zusammen mit der sich zuspitzenden Impfdiskussion, überlagert momentan alle weiteren Themen. Trotzdem wird beim Blick in das eigene Portemonnaie jedem deutlich vor Augen geführt, dass es in den nächsten Jahren um Lohnsteigerungen zum Inflationsausgleich gehen muss.

Interview



mit Mathias Eckardt, DGB-Regionsgeschäftsführer

Die Löhne müssen der Inflation folgen?

Die Lohnforderungen von Gewerkschaften richten sich neben dem Inflationsausgleich auch nach dem Produktivitätsfortschritt. Die Summe von beiden ergibt dann eine realistische Lohnforderung. Dabei wird

selbstverständlich auch die wirtschaftliche Lage einer Branche berücksichtigt. Denn in wirtschaftlich schwierigen Zeiten kann die Arbeitsplatzsicherung eine nicht unerhebliche Rolle spielen.

Höhere Löhne treiben die Inflation noch mehr an?

Auf den ersten Blick mag es von außen betrachtet so sein. Bei der derzeit unsicheren Lage unserer Exportwirtschaft ist es aber dringend erforderlich, die Nachfrageimpulse mit einer verstärkten Binnenfrage zu kompensieren. Das kann aber ohne Lohnsteigerungen nicht funktionieren.

Was tun gegen eine Lohn-Preis-Spirale?

Die Stabilisierung des Energiemarktes kann in Deutschland zumindest nicht beeinflusst werden. Hier muss die neue Regierung schnelle Schritte einleiten, um zumindest eine Dämpfung des Marktes zu erreichen. Langfristig gilt es, sich die weltweiten Lieferketten genauer anzusehen. Europa muss hier wieder unabhängiger werden. Ein gestrandetes Containerschiff im Suezkanal darf doch die weltweiten Produktionsketten nicht monatlang aus dem Gleichgewicht bringen. Hier müssen wir gegensteuern!

Die EZB sollte die Zinsen anheben, um die Inflation zu dämpfen?

Bei diesem Thema gibt es keine einfachen Antworten. Auf den ersten Blick müsste es eigentlich dazu kommen. Nur wenn wir die möglichen

Folgen betrachten, wie zum Beispiel die finanzielle Destabilisierung von Italien, Spanien oder gar Griechenland, sollte die EZB derzeit nur sehr vorsichtig agieren. Sollte der Euroraum auseinanderbrechen, würde vor allem unsere stark exportorientierte Wirtschaft darunter leiden. In der Folge würde dies unweigerlich zu einer erheblich steigenden Arbeitslosigkeit führen.

Wohnen, Tanken, Einkaufen – alles teuer. Wen trifft es am meisten?

Erst einmal treffen Preissteigerungen bei Wohnen, Tanken und Einkaufen alle Bürger. Nur wer ein hohes Einkommen erzielt oder zu den Vermögenden zählt, wird dadurch kaum spürbar mehr belastet. Am anderen Ende der Einkommens- und Vermögensseite sieht es aber ganz anders aus. Hier führen stark steigende Preise schnell zu einer existenzbedrohenden Lage.

Für nächstes Jahr wird von einem Teil der Experten eine Entspannung an der Preisfront erwartet. Glauben Sie daran?

Ich könnte Ihnen hierauf mit zwei Sprüchen antworten: „Glauben heißt nicht wissen“ und „Die Hoffnung stirbt zuletzt.“ Aber Spaß beiseite, ich gehe davon aus, dass eine statistische Bereinigung aufgrund der ausgelassenen Mehrwertsteuererhöhung und eine Korrektur des statistischen Warenkorb zumindest nominal die Inflationsrate senken wird. Der Rest ist stark von weltpolitischen Einflüssen abhängig.

Das Interview führte Roland Töpfer

Krumpholz steht vor der Insolvenz

Kronach – Die Kronacher Werkzeugbau Karl Krumpholz GmbH & Co. KG hat Insolvenzantrag gestellt. Wie unsere Zeitung aus zuverlässiger Quelle weiter erfahren konnte, wird nun ein Investor für das Unternehmen gesucht, das im Formenbau und in der Kunststoffverarbeitung tätig ist und Großwerkzeuge für die Autoindustrie herstellt. Das Unternehmen werde an den beiden Standorten Kronach und Redwitz weitergeführt, die Löhne seien über das Insolvenzausfallgeld gesichert. Grund für die Schieflage soll die Zurückhaltung der Autobauer wegen Pandemie, Chipkrise und Lieferengpässen sein.

Das Unternehmen ist in Familienbesitz und beschäftigt 160 Mitarbeiter, je 80 an den Standorten Kronach und Redwitz. Der Umsatz liegt bei rund 20 Millionen Euro. Vorläufiger Insolvenzverwalter ist Jürgen Wittmann von der gleichnamigen Kronacher Kanzlei.

In Kronach hat sich Krumpholz auf den Geschäftsbereich Formenbau spezialisiert. Dort werden Kunststoffspritzformen mit einem Eigengewicht von bis zu 50 Tonnen hergestellt. Zum Kundenkreis zählen kunststoffverarbeitende Industrien, die deutschen Automobilhersteller sowie deren Zulieferer. Am Standort Redwitz konzentriert sich Krumpholz auf die thermoplastische Kunststoffverarbeitung. Hier fertigen die rund 80 Mitarbeiter Spritzgussteile für die unterschiedlichsten Anwendungen. Beliefert werden Automobil- und Nutzfahrzeughersteller, deren Zulieferer und Firmen der Elektro- und Gebrauchsgüterindustrie. *Roland Töpfer*

Autobranche vertraut auf BMW-Chef

Brüssel – Oliver Zipse, Vorstandsvorsitzender der BMW AG, ist als Präsident des europäischen Autoindustrieverbands ACEA wiedergewählt worden. Damit tritt der 57-Jährige seine zweite und letzte Amtszeit an, da ACEA-Präsidenten nur einmal wiedergewählt werden können. Zipse hatte die Position als ACEA-Präsident vergangenes Jahr von Fiat-Chrysler-Chef Michael Manley übernommen. Eine der größten Aufgaben für die Autoindustrie ist derzeit die Umstellung auf klimaschonende Fahrzeuge, sagte Zipse nach seiner Wiederwahl. *dpa*

Wirtschaft kritisiert Lieferkettengesetz

München – Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (VBW) hat vor den negativen Folgen von überzogenen Sorgfaltspflichten für Unternehmen entlang der Lieferketten gewarnt. „Es darf nicht sein, dass Initiativen zur Einführung von Sorgfaltspflichten für Unternehmen zu erheblichem bürokratischem Aufwand führen und Vorgaben erlassen werden, die in der Praxis nicht erfüllbar sind, für deren Einhaltung Unternehmen aber zur Verantwortung gezogen werden sollen“, sagte der VBW-Hauptgeschäftsführer Bertram Brossardt im Rahmen eines Online-Kongresses zu diesem Thema in München.



Bertram Brossardt

Brossardt sieht laut Mitteilung der VBW vor allem das Problem, dass Unternehmen über die erste Zulieferstufe hinaus die Einhaltung von Menschenrechten und Sozialstandards garantieren sollen. „Die Sorgfaltspflichten müssen klar auf die erste Zulieferstufe begrenzt werden, das ist realistisch. Darüber hinaus wird es jedoch mangels direkter Vertragsbeziehungen schwer bis unmöglich, entsprechenden Einfluss auszuüben.“ Zudem kritisiert die VBW Überregulierung, wenn die Vorgaben auch Handelsbeziehungen mit Ländern betreffen, in denen die Rechtssetzung und -durchsetzung garantiert sei. *red Foto: Matthias Balk*